

Haushaltsrede der CDU Fraktion zum Haushalt 2012

Ratssitzung 02. Februar 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kersting,
sehr geehrter Herr Kämmerer Nemeita,
verehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren!

Der Rat befindet heute über den Gemeindehaushalt 2012. Der Bürgermeister sprach bei der Einbringung des Haushalts von etwas ruhigerem Fahrwasser! Im Vergleich zu den Jahren 2010 und 2011, in denen die Gemeinde nur durch große Anstrengungen die drohende Haushaltssicherung verhindern konnte, ist die Einschätzung umfänglich zutreffend. Aber welcher Seegang erwartet uns in den kommenden Jahren?

Die Einnahmen der Kommunen insgesamt bleiben seit vielen Jahren hinter den Ausgaben weit zurück, die die Kommunen schon zur Erfüllung der ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben benötigen. Auf der Strecke bleiben die vor Ort individuell gestaltbaren Aufgaben, das Herzstück der kommunalen Selbstverwaltung.

Im letzten Jahr habe ich an dieser Stelle auf die Umsetzung der gutachterlich vorgeschlagenen Neuordnung der Kommunalfinanzen inklusive einer höheren Beteiligung von Land und Bund gehofft. Auch wenn es mit der Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter durch den Bund positive Ansätze zu verzeichnen gibt, sind die vollständige Umsetzung und damit eine dringend gebotene Abkehr von wachsenden Kassenkrediten immer noch in weiter Ferne. Im Gegenteil, durch die in den Kommunen steigenden Kredite – wohlgemerkt nicht in

Eslohe – nähert sich das System insgesamt einem unweigerlichen Kollaps, der dann auch uns in Eslohe erreichen wird. Land und Kommunen sind allein nicht in der Lage, die strukturellen Ursachen der Finanzmisere zu beseitigen und sind zwingend auf Hilfen des Bundes angewiesen. Im Münsterland hat erstmalig eine Bank einer Kommune einen Kredit verweigert. Hier weitergedacht, enden wir in zahlungsunfähigen Kommunen und dem Stillstand des öffentlichen Lebens. Ein unvorstellbares Szenario.

Aber das ist noch nicht Alles:

Zwei weitere Sachverhalte werden aufgrund der kommunalen Abhängigkeit von Bund und Land die finanziellen Grundlagen kommunalen Handelns zukünftig zusätzlich negativ beeinträchtigen.

1. Die Eurokrise und

2. Die Schuldenbremse von Land und Bund.

Die Eurokrise wird vermutlich in einer de facto Transferunion enden, d.h. kontinuierliche Transferzahlungen im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Da der 2012 in Kraft tretende Rettungsschirm ESM im Gegensatz zu den bisherigen Bürgschaften auch mit Eigenkapital ausgestattet werden soll, muss im Bedarfsfall immer wieder Geld nachgelegt werden, gerade auch von Deutschland.

Und auch der Schuldenschnitt in Griechenland wird über die zu erwartenden Kapital-Unterstützung der Banken durch den Staat weitere Belastungen in Milliarden-Höhe nach sich ziehen.

Gleichzeitig haben Bund und Länder gemeinsam im Grundgesetz die Schuldenbremse verankert, deren Sinn und Zweck ich nicht anzweifeln möchte, aber sie verändert die Lage der staatlichen Haushalte massiv. Denn der Landeshaushalt muss auch für die Finanzausstattung der Kommunen reichen. Bis geklärt ist, welchen konkreten Zusatzschutz die Kommunen in der Landesgesetzgebung erhalten bzw. ob überhaupt,

muss mit weiteren Einschnitten bei den Städten und Gemeinden gerechnet werden. Wenn es der jeweiligen Landesregierung künftig schwer fällt, die ihr verfassungsrechtlich vorgegebenen Sparvorgaben einzuhalten, wird sich der Blick fast zwangsläufig auf die kommunalen Haushalte richten. Kürzungen und Einsparungen werden die unweigerliche Folge sein.

Und auch der Blick auf die aktuelle Finanzausstattung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen bietet keinen Anlass zu Optimismus!

Die Landesregierung hat mit dem vorliegenden Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2012 die Verteilung der Finanzmittel neuen Richtlinien unterworfen, eine interkommunale Verteilungsgerechtigkeit aber erheblich verfehlt.

Lediglich die Umsetzung des seit Jahren geforderten Flächenansatzes steht dieser nicht nachvollziehbaren ungerechten Verteilung entgegen. Nach jahrelangem Kampf wird nun endlich zumindest anteilig anerkannt, dass eine größere Fläche zu erhöhten kommunalen Aufwendungen führt.

Festzustellen ist trotz dieser – besonders für die Gemeinde Eslohe – positiven Auswirkung durch den Flächenansatz eine deutliche und sich immer weiter verschärfende Benachteiligung des kreisangehörigen Raums. Und zwar durch mehrere Punkte:

- Wie bisher werden im Hauptansatz neben der Einwohnerzahl – das ist sicher berechtigt – die tatsächlichen Ausgaben als Verteilungsparameter herangezogen. Je mehr Geld eine Kommune ausgibt, umso besser stellt sie sich bei dieser Berechnung. Dies führt dazu, dass sich die für einen Einwohner im kreisfreien Bereich und im kreisangehörigen Bereich zur Verfügung stehenden Mittel immer mehr unterscheiden.

- Der nochmalig höher gestufte Soziallastenansatz orientiert sich weiterhin ausschließlich an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und nicht an den tatsächlichen Aufwendungen im sozialen Bereich. Die Konsequenz sind erneut massive Umverteilungswirkungen zu Lasten des kreisangehörigen Raumes.
- Der Schüleransatz erfährt eine unterschiedliche Gewichtung nach Halbtags- und Ganztagschulen. Dass eine Kommune mehr für einen Ganztagschüler aufwenden muss, ist unkritisch. Warum allerdings 5-mal mehr als für einen Halbtagschüler? Aber das können Sie, Herr Frenzel, bestimmt gleich ausführen, was Ihre Partei hier im Schilde führt. Es liegt nahe, dass die Halbtagschule bewusst durch finanzpolitische Maßnahmen nach und nach beseitigt werden soll. Unsere Strukturen sind geprägt von intakten Familien und einem vielfältigen Vereinsangebot. Hier werden soziale und gesellschaftliche Entwicklungen gefördert und aufrechterhalten, die eine schulische Ganztagsbetreuung nicht leisten kann! Die Familie als Institution der außerschulischen Erziehung ist unverzichtbar. Natürlich gibt es Familien, die darauf angewiesen sind, dass ihre Kinder ganztags betreut werden. In dieser Hinsicht bietet zum Beispiel der Offene Ganztag im Primarbereich ein ideales, freiwilliges Modell. Und nochmals zu der Gewichtung im GFG. Wenn schon vom Ganztagschüler die Rede ist, warum wird der gebundene dem offenen Ganztag nicht gleichgesetzt?
- Die einheitlichen fiktiven Steuerhebesätze führen zu einer völlig ungerechten Berechnung der Steuerkraft und in der Folge der Schlüsselzuweisungen. Die tatsächlichen Hebesätze liegen in Großstädten weit über dem, was eine Kommune im kreisangehörigen Bereich ihren Bürgern und Unternehmen zumuten kann! An dieser Stelle werden seit Jahren gestaffelte Hebesätze gefordert. Ich

wiederhole mich: Der Status quo führt zu einer erheblichen Benachteiligung des kreisangehörigen Raums, indem die tatsächliche hohe Steuerkraft der Großstädte keine Berücksichtigung findet.

Ich möchte noch abschließend zum GFG 2012 aus einer Pressemitteilung des Städte- und Gemeindebundes vom letzten Freitag zitieren: „Das Land hat an den entscheidenden Stellen Grundsatzentscheidungen getroffen, die in ihrem Zusammenwirken den kreisangehörigen Raum ausbluten lassen“ Zitat Ende.

Erlauben Sie mir als nächstes einige Worte zum Kreishaushalt. Grundsätzlich gehen die Meinungen über die Verwendung der verfügbaren Finanzmittel auseinander. Der Hochsauerlandkreis als Umlagehaushalt kann sich jederzeit durch eine Erhöhung der Kreisumlage die nötige Liquidität verschaffen. Insofern ist es unverständlich, warum aktuell verfügbares Geld als Notgroschen gehalten wird und nicht im Sinne der Solidarität mit den Städten und Gemeinden zur Senkung der Kreisumlage eingesetzt wird. Und auch zukünftige Investitionen sollten nur im Hinblick auf eine Verträglichkeit mit der finanziellen Schieflage der Kommunen getätigt werden. Die Aufwendung *Allgemeine Kreisumlage* in Höhe von 2,9 Mio.€ führt schließlich zu einer fast vollständigen Verschiebung des Gewerbesteueraufkommens der Gemeinde Eslohe nach Meschede. Die Höhe der Kreisumlage ist damit wesentlich für die Aufstellung des Gemeindehaushaltes, zu dem ich jetzt im Detail kommen werde!

Der Haushalt 2011 war geprägt von der Erhöhung der Realsteuern. Durch die zu erwartende Anpassung der meisten Kommunen im Hochsauerlandkreis bewegen wir uns – wie vor der Erhöhung – mit unseren Hebesätzen im mittleren Bereich. Wohlgermerkt auf den Hochsauerlandkreis bezogen. Wie schon angesprochen, liegen die Hebesätze im kreisfreien Raum wesentlich höher. Diese getroffene

Entscheidung, die Realsteuern in 2011 zu erhöhen, hat im Hinblick auf die Konsolidierung der Gemeinde neben den Sparbemühungen des Haushaltjahres 2010 wesentlich zu einer Beruhigung der Esloher Finanzen beigetragen, wenngleich es – wie in den Haushaltsreden von Bürgermeister und Kämmerer schon ausgeführt – keinerlei Anlass gibt, von diesem eingeschlagenen Kurs abzuweichen. Der Gesamtergebnisplan 2012 weist immer noch ein Defizit von rund 500.000€ aus. Die mittelfristige Finanzplanung geht von einer steuerlich positiven Entwicklung aus, die schon aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Perspektive keinesfalls als gesichert anzusehen ist. Doch trotz aller Risiken, darf die Sparsamkeit nicht dazu führen, die exzellente Infrastruktur der Gemeinde Eslohe zu gefährden. In den zurückliegenden Jahren hat sich die Gemeinde durch ein zukunftsorientiertes politisches Handeln stetig weiterentwickelt. Die Förderung der Familien und der Vereine, der Integration von Benachteiligten, der Wirtschaft und des Tourismus sind Eckpfeiler der Esloher Kommunalpolitik. Die dadurch über Jahre gewachsenen Strukturen in der Gemeinde Eslohe, so wie das vielfältige ehrenamtliche Engagement, das breite Vereinsleben und Angebot im sportlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich gilt es auch unter schwierigen finanziellen Voraussetzungen unbedingt zu erhalten.

Und deshalb ist der Haushalt 2012 nicht als ein Sparhaushalt zu verstehen, sondern vielmehr als ein Beitrag zur Fortschreibung dieser positiven Entwicklung. Damit sei auch der Bogen von all den Risiken zu den vielen Chancen und Möglichkeiten geschlagen, die wir hier in Eslohe immer noch haben! Kommunalpolitik aktiv gestalten! Darum muss es gehen!

Ich darf einige wichtige Beispiele in dieser Hinsicht nennen!

Ausbau des Gewerbegebiets Stakelbrauk

Durch den in 2011 vollzogenen Erwerb der an den bestehenden Gewerbepark nord-östlich angrenzenden Fläche von 32.000m² können in 2012 weitere Gewerbeflächen ausgewiesen werden. Damit wird eine wichtige Entwicklungsmöglichkeit zur Erweiterung und Neuansiedelung von Gewerbe mit optimalen Standortfaktoren wie Verkehrsanbindung und Breitbandversorgung in der Gemeinde geschaffen. Diese Entwicklung ist für den Gewerbestandort Eslohe von herausragender Bedeutung. Daher nochmals ein großes Lob an alle an der Realisierung Beteiligten mit dem Bürgermeister an der Spitze.

Esselbad

Durch eine Fülle von im Haushalt enthaltenen Maßnahmen wird das Esselbad weiter aufgewertet. In anderen Kommunen werden Schwimmbäder aufgrund fehlender Mittel geschlossen. Ein Schwimmbad ist sicherlich nicht kostendeckend zu betreiben, entscheidend ist allerdings die zur Größe der Kommune und ihres Einzugsbereichs passende Größe und Ausstattung. Dies hat bei der Neukonzeption des Schwimmbads und seiner aktuellen Entwicklung immer ausgewogen Berücksichtigung gefunden.

Esselaue

Hier wird im Bereich der Essel, Ortslage Eslohe ein Groß-Projekt umgesetzt, das vielfältige Interessen bedient. Hochwasserschutz und Renaturierung können über die gesamte Sormecke-Strasse realisiert werden. In Wenholthausen ist für die Wenne ein Projekt aus demselben Fördertopf in diesem Jahr abgeschlossen worden und dient mittlerweile sogar als landesweite Referenz.

Bauhof

Durch die in 2012 geplante Organisations-Untersuchung zwecks Optimierung im Bereich Bauhof sehen wir eine schon in 2010 formulierte Forderung der CDU-Fraktion im Haushalt umgesetzt. Wir sind gespannt

auf mögliche Einsparpotentiale durch anteilige Privatisierung und interkommunalen Zusammenarbeit.

Luftkurorte

Der Haushalt sieht Mittel für eine Luftuntersuchung in Eslohe, Cobbenrode und Wenholthausen vor, um ggf. das Prädikat „Luftkurort“ zukünftig in drei Orten der Gemeinde führen zu können. Die CDU-Fraktion begrüßt diesen damit möglichen touristischen Mehrwert für das gesamte Gemeindegebiet.

Straßenunterhaltung

Im Bereich der Instandhaltung der Gemeindestrassen sieht der Haushalt eine Mittelbereitstellung von 200.000€ vor. Die Gemeinde unterhält eine Vielzahl von Strassen, deren Zustand ein wesentlicher Wohlfühlfaktor für die betroffenen Anwohnern und Nutzer darstellt. Die Straßenschäden durch Verkehrsbelastung und Witterung nehmen immer mehr zu. Hier gilt es rechtzeitig tätig zu werden. Dieses Vorgehen findet die volle Unterstützung der CDU-Fraktion!

Einkaufszentrum Tölckestrasse

Wie im Dezember durch die CDU-Fraktion beantragt und durch den Rat beschlossen, sind im Haushalt Mittel für die Verträglichkeitsstudie „Einkaufszentrum Tölckestrasse“ vorgesehen. Wir halten dieses unabhängige Gutachten aufgrund der Größenordnung des Projektes und den erheblichen möglichen wirtschaftlichen und städtebaulichen Auswirkungen auf das gesamte Gemeindegebiet für unverzichtbar. Durch zusätzliche und vor allem unabhängige Informationen von Fachleuten, die tagtäglich mit derartigen Fragestellungen umgehen, wird die Entscheidungsfindung auf ganz andere Füße gestellt. Diese Entscheidung freihändig bzw. aus dem Bauch heraus treffen zu wollen, ist unverantwortlich.

Festzustellen ist, dass die SPD-Fraktion dieses Gutachten abgelehnt hat, und es nicht, wie in der Presse berichtet, grundsätzlich begrüßt wurde. Die SPD-Fraktion hält u. a. aus Kostengründen keinen zusätzlichen unabhängigen Informationsbedarf für erforderlich.

Stattdessen wird SPDseits beantragt, 10.000€ für eine externe Untersuchung zu den Möglichkeiten und Perspektiven im schulischen Sekundarbereich einzusetzen. Herr Frenzel wird Ihnen sicher den Antrag nochmals vorstellen, aber erlauben Sie mir schon jetzt einige Bemerkungen dazu. Der Schulkonsens von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ermöglicht dem Schulstandort Eslohe eine ausgezeichnete Zukunftsperspektive, auf die Bedürfnisse von Schülern bzw. Eltern und zurückgehende Schülerzahlen flexibel zu reagieren. Dazu bedarf es aber sicherlich nicht eines externen Gutachters. Die Fragestellungen in Ihrem Antrag, Herr Frenzel, können Ihnen die Schulideologen in Ihrer Partei sicherlich umfassend beantworten. Gemeinschaftsschule und Ganztagsunterricht sind die Konzepte, die Ihre Partei mit anderen Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen ganz anders nach vorne gebracht hätte. Dies bleibt uns zumindest für die nächsten Jahre erspart, wenngleich durch „goldene Zügel“ einzelne Projekte und Positionen dennoch enorm unterstützt werden. Stichwort „Schüleransatz“ im GFG. Entschuldigen Sie diesen kleinen schulpolitischen Exkurs. Aber zurück zum Haushalt.

Alter Bahnhof Kückelheim

Kritisch zu bewerten ist die Situation am Alten Bahnhof Kückelheim. Die mittlerweile vorliegende Gefährdungsabschätzung schließt die ursprünglich geplante gewerbliche Nutzung auf der gesamten Fläche aus. Lediglich eine eingeschränkte Nutzung von Teilflächen im nördlichen Bereich scheint dauerhaft möglich. Es bleibt anzuwarten, inwieweit eine Photovoltaiknutzung der Fläche wirtschaftlich umsetzbar

ist oder ob neue Ideen nötig sein werden, die Fläche überhaupt einer Nutzung zu zuführen.

Breitbandversorgung

Die flächendeckende Breitbandversorgung wird in diesem Jahr im Gemeindegebiet sichergestellt. Ein herausragendes Ergebnis für den Wohn- und Wirtschaftsstandort Eslohe und ein weiterer Baustein in der Weiterentwicklung der Gemeinde.

Man mag berechtigterweise über den gebundenen Einsatz von Fördergeldern streiten, aber die zweckmäßige Inanspruchnahme hat die begrenzten Möglichkeiten unserer kleinen Gemeinde stets immens erweitert. Auch hier ist der Einsatz der Verwaltung herauszustellen, Fördergelder immer bestmöglich für unsere Gemeinde verfügbar zu machen.

Insgesamt zeigt der Haushalt auf: Eslohe bewegt sich! Und zwar in vielen Bereichen und vor allem nicht erneut auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Rund 2 Mio.€ können und müssen investiert werden! Es gilt, im Gespräch mit dem Bürger immer wieder auf die NKF-Systematik hinzuweisen. Ein Teil der Zuwendungen des Landes sind zwingend investitionsgebunden einzusetzen und können damit die Ergebnisrechnung nicht direkt entlasten. Durch diese Verpflichtungen werden auch im Haushalt 2012 nicht mehr Mittel eingesetzt als der Gemeinde durch Zuschüsse und Pauschalen zur Verfügung stehen. Trotz der geplanten Investitionen in Höhe von 2 Mio.€ leben wir keinesfalls über unsere Verhältnisse, obwohl die Ergebnisrechnung ein Defizit von 500.000€ ausweist!

Und auch die Esloher Vereinslandschaft hat Zuwachs bekommen. „Die Freunde der Hellebrücke“ haben ihre Vereinsarbeit aufgenommen. In

einer ersten Stellungnahme war über die Aufgaben des Vereins zu lesen: „Wir machen in erster Linie das, was eigentlich Aufgabe der Gemeinde gewesen wäre“. Ehrenamtliches Engagement zur Entlastung der Verwaltung – wirklich toll!

Die Diskussionen rund um das Thema Hellebrücke haben im letzten Jahr oftmals die sachliche Grundlage verlassen. Deshalb dazu nochmals eine Stellungnahme der CDU-Fraktion, auch im Hinblick auf die heutige Verabschiedung eines defizitären, nicht ausgeglichenen Haushalts.

Es ist unstrittig, dass die Hellebrücke als historisches Bauwerk erhaltenswert ist. Die Fragestellung ist nur, zu welchem Preis. Aufgrund des Rechtsanspruchs der Anlieger auf eine Traglast der Brücke von 10t lässt sich die gesamte Diskussion auf zwei grundsätzliche Positionen reduzieren. 1. Verfüllung des Taleinschnitts und damit eine nachhaltige Entlastung des Gemeindehaushaltes. 2. Erhalt der Brücke inklusive aktueller (rund 200.000€) und immer fortwährender Aufwendungen in den Folgejahren.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht in der Lage ist, die Brücke dauerhaft zu erhalten!

Der Umgang mit der vom Rat getroffenen Mehrheits-Entscheidung durch die SPD-Fraktion hat die Hoheit des Rates infragegestellt und ist deshalb auf das Schärfste zu kritisieren. Sie und Ihre Mitstreiter, Herr Frenzel, haben Rat und Verwaltung durch Ihr Vorgehen unterstellt, sich unzureichend informiert und nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben. Das Gegenteil ist der Fall! Ich kann zwar nur für meine Fraktion sprechen, aber ich versichere Ihnen, dass im Vorfeld der Entscheidung alle Möglichkeiten diskutiert und beleuchtet worden sind. Und auch die Verwaltung hat dem Rat die Verfüllung nicht leichtfertig vorgeschlagen. Zu der Brücke existiert im Archiv der Gemeinde eine dicke Akte.

Jahrelang sind hier schon Informationen und Stellungnahmen von Nutzern, Behörden, Interessensvertretungen und der heimischen Presse gesammelt worden. Schauen Sie sich das mal an, bevor Sie völlig unangemessen Kritik üben. Und abschließend dazu: Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf einen Ratsbeschluss verlassen können.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2012 ohne Vorbehalte zustimmen. Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen Mitarbeitern der Verwaltung für die stets offene und wohlwollende Unterstützung unserer kommunalpolitischen Arbeit. Es ist immer ein gutes Miteinander. Ein besonderer Dank gilt der Verwaltungsspitze in Person von Bürgermeister Stephan Kersting und Kämmerer Michael Nemeita. Ihre sachdienliche, zeitnahe und intensive Beteiligung der Politik ist beispielhaft. Danke für die vertrauensvolle Zusammenarbeit!

Wir erleben spannende kommunalpolitische Zeiten. Die zu treffenden Entscheidungen in den Feldern „Bebauungsplan Einkaufszentrum Tölckestraße“, „Konzentrationsflächen Windkraft“ und „Übernachtungsabgabe“ werden bestimmende Themen der nächsten Monate sein.

Freuen wir uns auf sachliche Diskussionen und Beschlüsse zum Wohle unserer liebenswerten Gemeinde.

Am Ende meiner Ausführungen darf ich uns alle an Hubertus Karger erinnern. Wir haben im Oktober eine große Persönlichkeit der Gemeinde Eslohe verloren, viele von uns einen Freund und Vertrauten. Er war überall geschätzt, unabhängig von politischen Farben. Erweisen wir Hubertus immer ein aufrichtiges Gedenken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Eslohe, Rochus Franzen